

Der Deutsche Einheitsblock

Wochenschrift für den deutschen Aufbau
Beilage zum „Posener Tageblatt“

4. Folge
26. Mai 1934

Partei oder Einheit?

Der „Deutsche Einheitsblock“ will keine Partei sein. Bei uns Deutschen in Posen und Pommerellen ist das Parteiwesen der parlamentarischen Zeit schon 1919 begraben. Wir wollen keine Parteiprogramme und keine Parteisekretäre, die davon leben, Unternehmer und Arbeiter, Besitzer und Bauern, Stadt und Land gegeneinander aufzuheben. Am wenigsten wollen wir eine Partei, die den natürlichen Abstand von Alter und Jugend ausnützt, um die Söhne gegen die Väter aufzubringen.

Die Grundsätze, nach denen der Deutsche Einheitsblock alle ehrlichen Deutschen unseres Gebiets zu einer geschlossenen Einheit zusammenfassen will, sind im „Bekanntnis“ niedergelegt.

Wir sind durch Blut, Erziehung und aus freiem Willen Glieder des deutschen Volkes.

Wir wollen als Bürger des polnischen Staates unsere Pflichten erfüllen, fordern dafür aber unser gesetzlich verbürgtes Recht.

Wir fühlen uns der Heimat verbunden und wollen ihr die Treue halten.

Wir sind Christen; wir wollen keinen Gegensatz zwischen den Konfessionen.

Wir bekennen uns zur Volksgemeinschaft; wir lehnen Klassen und Parteien ab und werden Uneinigkeit und Hader bekämpfen.

Wir wollen opferbereit dem deutschen Volksgenossen helfen; wir wollen das Wohl der Gemeinschaft über das Wohl des einzelnen stellen.

Wir wollen für die deutsche Zukunft arbeiten und keinen Gegensatz zwischen Jugend und Alter.

Wir bekennen uns zu dem Geist der Erneuerung, der das ganze deutsche Volk bewegt.

Wir wollen in Einigkeit und Treue in guten und schlechten Tagen für unser Volkstum zusammenstehen.

Diese Grundsätze wollen wir durch die Tat verwirklichen; es kommt nicht darauf an, große Worte zu machen, sondern ehrliche Arbeit zu leisten, damit die Volksgemein-

schaft so geschaffen wird, wie alle guten Deutschen sie wünschen. Zu dieser Arbeit ist in dem Werk der Winterhilfe, das zur „Nothilfe“ wurde, ein wichtiger Anfang gemacht. Ihr dient auch die Berufshilfe mit ihrem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Vor allem dienen ihr unsere Kirche, unsere berufständischen und wirtschaftlichen Verbände, die alle den Grundsatz „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ ihrer Arbeit zugrunde gelegt haben.

Es ist sinnlos, für die Not einer Weltkrise diesen Verbänden die Schuld zuzuschreiben. Sinnvoll ist es, diese Verbände durch Zusammenhalt zu stärken, damit sie ihre Arbeit um so wirksamer gestalten können.

In unserer politischen Gemeinschaft können uns keine Agitatoren helfen. Die Folgen einer verantwortungslosen Politik müssen wir tragen, so können wir auch die Führung unserer Politik nicht Unkundigen überlassen.

Wir wollen keinen Abschlus der Deutschen unserer Provinz gegen die der anderen Gebiete unseres Landes. Wir reichen den Deutschen der anderen Landesteile brüderlich die Hand zur Zusammenarbeit. Gerade wir Posener Deutschen haben im abgelaufenen Jahrzehnt genügend bewiesen, daß wir diese Zusammenarbeit pflegen wollen, und haben dafür auch Arbeit geleistet und Opfer gebracht.

Es ist viel ehrlicher guter Wille bei uns vorhanden, durch festeren Zusammenschluß und Opferbereitschaft die Not der Zeit zu mildern; ganz besonders ist dieser Wille auch in unserer Jugend lebendig. Aber die bitteren Sorgen und der graue Alltag, manches, oft auch selbstverschuldetes Unglück, tadelt auch schlechte Eigenschaften in den Menschen auf, Neid, Hader und die Sucht, bei anderen die Schuld für das eigene Unglück zu suchen. Hüten wir uns davor, daß diese Eigenschaften den guten Willen überwuchern! Denn sie haben eine zerstörende Kraft, und es ist leichter einzureißen als aufzubauen. Stellen wir diesen bösen Triebkräften entgegen nicht eine neue Partei, sondern die Einheit unseres deutschen Volkstums!

Die Massen in Bewegung zu sehen, braucht's nur der Phrasen eines Dummkopfs. Wie lange Zeit gebraucht der kluge Mann, um nur einen einzigen zu seiner Meinung zu bekehren!

Wilhelm Raabe.

Aus der Volkstumsarbeit.

Gründung des Deutschen Einheitsblocks in Posen

Am Dienstag, dem 15. Mai, fand in Posen eine Besprechung statt, zu der der Sejmabgeordnete von Saenger eine Anzahl deutscher Volksgenossen aus allen Kreisen der Provinz mit Ausnahme der Kreise Bromberg-Stadt und Land sowie Wirsch. für die der Zusammenschluß von Bromberg aus durchgeführt werden soll, einberufen hatte. Herr von Saenger legte die Notwendigkeit dar, eine Organisationsform zu schaffen, die bis zur Genehmigung der „Deutschen Vereinigung“ alle Kräfte des Volkstums umfassen müsse. Er betonte, daß es sich nicht um eine Partei handle, sondern um einen Zusammenschluß, der die Einheitlichkeit unseres Volkstums wiederherstellen und erhalten und allen Absplittierungen entgegenwirken soll. Herr von Saenger verlas einen Aufruf zur Sammlung, der inzwischen im „Posener Tageblatt“ und im „Lissaer Tageblatt“ veröffentlicht worden ist. Die Anmeldung des Deutschen Einheitsblocks zum Vereinsregister ist in Posen inzwischen erfolgt. In gleicher Weise soll in sämtlichen Kreisen der Provinz die Gründung des Deutschen Einheitsblocks durchgeführt werden. Der Deutsche Einheitsblock betrachtet sich für die Volksgemeinschaft Posen ebenso wie der Deutsche Jungblock in Pommerellen als Vorläufer der Deutschen Vereinigung für Westpolen, die späterhin das wieder geeinte Volkstum zusammenfassen soll.

Umbildung des Hauptarbeitsausschusses

Auf der letzten Sitzung des Deutschen Zentralvereins, der die Vertreter des gesamten Volkstums in Westpolen umfaßt, ist der Hauptarbeitsausschuß neu gewählt worden. Ihm angehören als Vorsitzender Herr Erich von Wisleben, Bischof, ferner Hauptschriftleiter Gotthold Starke, Bromberg, Landwirt Senator Erwin Hasbach, Hermanowo, Kreis Stargard Kaufmann Laengner, Thorn, Bauer Henke als Vertreter des Deutschen Jungblocks, Sejmabgeordneter Landwirt Bernd von Saenger, Hilarow bei Jaroschin, Kaufmann Joachim Koenig, Ostrowo, und Bauer Friedrich Albert, Siedlewo, Kreis Wangrowitz. Ferner stehen noch zwei Plätze offen für je einen Vertreter der evangelischen und der katholischen Kirche.

Offener Brief an den „Aufbruch“

Wir werden um die Veröffentlichung folgender Zuschrift gebeten:

Der „Aufbruch“ hat sich in einem Brief aus Posen auch mit meiner Person beschäftigt, worauf ich folgendes zu erwidern habe:

Wir sind ruhige Menschen und beschäftigen uns nicht mit Politik. Ob Ihnen meine Äußerung von Ihrem Spitzel richtig hinterbracht worden ist oder nicht, darüber will ich nicht rechten. Eigentümlich ist es nur, daß Sie als Organ einer angeblich so großen Partei von den Äußerungen eines solchen „Geisteszwerges“, wie Sie mich zu bezeichnen belieben, überhaupt Notiz nehmen. Da Sie mir nun einmal die unschätzbare Ehre angetan haben, frage ich Sie:

Würden Sie Andersdenkende, die etwa Ihren „Aufbruch“ oder Ihre Partei von innen her sabotieren wollen, nur eine Minute weiterhin in Ihrem Dienst belassen? Diese Frage beantwortet sich von selbst, denn der Vorstand Ihrer Partei hat ja die Ortsgruppe Kattowitz der J.D.P. aufgelöst, weil sie ihm nicht pariert hat.

Haben Sie nicht zuerst den politischen Bruderkampf in unsere Volksgemeinschaft hineingetragen?

Ihre Auffassung über das Schmarokerdasein der genossenschaftlichen Geschäftsführer ist famos. Denn so ein Geschäftsführer sitzt bekanntlich den ganzen Tag im Schaufelstuhl und denkt darüber nach, wie er die dicken Zigarren, die ihm von Dr. Swart zugesandt werden, verdaut. Diese Schaufelstühle allerdings räumen wir Ihnen gern ein, und Sie können von dort aus mit Ihren „Geistesriesen“ Politik treiben, während wir uns damit begnügen, mit Bauern und dünnhäutigen Großgrundbesitzern Geschäfte zu machen. Einige Landwirte, die unsäglich waren, ihren Betrieb zu führen und ihn überschulden haben und die nun glauben, der „Aufbruch“ werde ihnen helfen, werden dann allerdings wohl Ihre Kunden bleiben.

Sie geben selbst zu, daß Ihnen Fachkenntnisse fehlen — deshalb müssen Sie sich Belehrungen gefallen lassen. Haben Sie schon davon gehört, wieviel Lebensmittel der Bauer und der dünnhäutige Großgrundbesitzer jährlich für die Armen und Vermissten in den Großstädten kooperiert? Ich kann Ihnen nur von der von mir geleiteten Genossenschaft sagen, daß alljährlich zu Weihnachten ein Eisenbahnwagen Lebensmittel unentgeltlich nach Posen geliefert wird, der ausreicht, um hundert Familien den ganzen Winter über Brot zu sichern. Dankschreiben stehen zu Ihrer Verfügung.

Wir Genossenschaftler können Ihnen nur immer wieder zurufen: „Hände weg von den wirtschaftlichen Organisationen!“ Seien Sie versichert, daß wir Genossenschaftler alle hinter Dr. Swart stehen und auch unsere Pflicht zu werden aus der Idee heraus: Wer zitiert, will, ist ein Volkseind, und wer aufbaut, leistet der Volksgemeinschaft und damit auch dem Staate einen Dienst!

Ich schließe mit den Worten Ihrer eigenen Opposition an Herrn Wiesner: „Sehen Sie sich, kleiner Mann, vorläufig reden wir.“ Unsere Reserven werden von Ihnen nicht verteilt werden.

J. Jants, Schreda.

Richtigstellung

In der „Danziger Allgemeinen Zeitung“, dem Organ des früheren Senatspräsidenten Dr. Biehm, das sich jetzt mit der Erneuerungsbewegung der Jungdeutschen Pommerellen erobert, nimmt Herr von Treslow Freiherr von Rosen zu dem Sammlungsaufruf des Führers der deutschen Volksgemeinschaft in Posen-Pommerellen, Herrn Erich von Wisleben, Stellung, in dem dieser kurz und sachlich das Scheitern der Einigungsverhandlungen zwischen Jungdeutschen und bisheriger Führung festgestellt hatte. Über das Ergebnis dieser Verhandlungen teilt Herr von Rosen folgendes mit:

Tatsache ist, daß vier Herren — darunter der Unterzeichnete — als Vertreter der Erneuerungsbewegung in unserem Volkstum von Herrn v. Wisleben berufen worden sind, um mit einer gleichen Anzahl Vertreter der heute noch leitenden Kreise ein Gremium zu bilden, das die drohende Zersplitterung verhindern sollte; dies wäre nach menschlicher Voraussicht auch gelungen, wenn — wie zunächst geplant — beiden Verhandlungspartnern für die Zukunft gleichberechtigter Einfluß eingeräumt worden wäre. (Die 4 erstgenannten waren um die Verhandlungen zu erleichtern, bereit, auf die Zugehörigkeit zur J.D.P. zu verzichten. Sie seien jedoch der Einfachheit halber hier als Vertreter der J.D.P. genannt.)

Tatsache ist ferner, daß diesen Vertretern der J.D.P. zum Schluß nur zwei von den acht Stellen in diesem Gremium angeboten wurden und zwar nicht unter einem neutralen, sondern einem, wie sein Aufruf zeigt, eindeutig gegen die Jungdeutschen festgelegten Leiter, nämlich Herrn v. Wisleben.

Tatsache ist, daß man in einer parlamentarischen Körperschaft ein Stimmenverhältnis 2 : 7 keinerlei Aussicht hat, etwas zu erreichen, wenn, wie hier, diese 7 Vertreter gefollos gegen die 2 anderen eingestellt sind. Unter dem Eindruck dieser Tatsache haben die Vertreter der J.D.P. den ihnen übertragenen Auftrag Herrn v. Wisleben zurückgegeben, da sie unter den gegebenen Umständen keinerlei Möglichkeit hatten, ihn auszuführen.

Demgegenüber habe ich folgendes zu erklären:

An der Vorbereitung und an den Sitzungen dieses Einigungs-Gremiums habe ich teilgenommen. Als gelegentlich der zweiten Besprechung über die endgültige Zusammensetzung des Gremiums verhandelt wurde, verlangten die Anhänger der Jungdeutschen Partei durch den Mund des Herrn von Rosen, zunächst die Hälfte der Sitze für die Jugend. In dieser Sitzung wurde von jungdeutscher Seite noch nicht der Rücktritt des Herrn von Wisleben gefordert. Als bei der nächsten Zusammenkunft die Jungdeutschen den Wechsel des Führers verlangten, ohne daß übrigens ein Nachfolger benannt wurde, wurde dieses Verlangen von der anderen Seite einstimmig abgelehnt. Gegenüber dem Voranschlag des Herrn von Rosen wurde und war bereit, unter dem neutralen Vorsitz des Herrn von Wisleben der Jugend die Hälfte der Sitze in Reiner-Auswahl einzuräumen. Von diesen vier Stellen sollten die Jungdeutschen zwei, der Jungblock für Pommerellen und der Deutsche Einheitsblock für Posen je einen jugendlichen Vertreter ernennen.

Dieser Voranschlag, der einmal die Verhältnisse auf berufständischer Seite, dann aber auch — mit besonderem Entgegenkommen gegenüber den Jungdeutschen — die Einstellung unserer Jugend berücksichtigte, wurde von den vier Anhängern des joge-

nannten „Freundeskreises“, deren Einfluß bei den Jungdeutschen noch keineswegs sichergestellt ist, scharf abgelehnt.

Da ich nicht aus liberalem Holz geschnitten bin, bekreite ich entschieden, daß die Verhandlungen in dem Gremium nach den parlamentarischen Regeln vor sich gegangen wären. Sobald man den sachlichen Fragenkomplex erörtert hätte, hätte sich in den wesentlichen Fragen wahrscheinlich Einstimmigkeit, in anderen eine Majorität der Jugend ergeben.

Die Verhandlungen waren mit der Einräumung von der Hälfte der Sitze im Reiner-Auswahl für die Jugend aber noch nicht beendet. In einer letzten Besprechung, an der freilich auf jungdeutscher Seite Herr von Rosen und einer seiner Freunde teilnahmen, habe ich selbst noch einen neuen Vermittlungsvorschlag gemacht, der die Vorstandsämter der „Deutschen Vereinigung“ offen ließ und das Verhältnis im Gremium wie folgt festlegen wollte: Vorsitz von Wisleben, drei bisherige Vertreter, drei jungdeutsche Vertreter, ein Einheitsblock, ein Jungblock. Diese Verschlebung der Sitze zugunsten der Jungdeutschen sollte dadurch ermöglicht werden, daß ich mein Amt im Reiner-Auswahl zugunsten des Führers des jungdeutschen Freundeskreises abzutreten gewillt war.

Es kann keine Rede davon sein, daß sieben Vertreter entschlossen gegen zwei gestanden hätten. Auch an der Neutralität des Vorsitzenden war nicht zu zweifeln. In dem gleichen Aufsatz berichtet Herr von Rosen ja selbst, daß Herr von Wisleben den jungdeutschen Freundeskreis seiner ganz besonderen Sympathien versichert hätte. Da will auf diese Erklärung im übrigen nicht weiter eingehen, da wir von Herrn von Wisleben ausdrücklich gebeten waren, diese Ausführungen nicht in die Presse zu bringen. Herr von Rosen hat diese Aufforderung und die ihr folgende Zusage gewiß vergessen, sonst hätte er nicht gerade diese Erklärung als Beweis für die alte Forderung herangezogen, „Unser Führer absolut, wenn er unsern Willen tut!“

Auf diesen Vorschlag einigten sich die beiden anwesenden Vertreter des jungdeutschen Freundeskreises und zwei Vertreter der anderen Gruppe. Auch Herr von Wisleben gab ihm seine Zustimmung. Zwei berufständische Vertreter lehnten freilich meine Gedanken entschieden ab; aber das letzte Wort war damit noch keineswegs gesprochen. Vielmehr versicherte der Obmann des „Freundeskreises“, daß er zunächst versichern wolle, seine Anhänger hinter meinen Vorschlag zu bringen, dann sollte die andere Seite endgültig dazu Stellung nehmen.

Wenige Tage später wurde Herrn von Wisleben von jugendlicher Seite mitgeteilt, daß die Verhandlungen dort als gescheitert betrachtet würden. Auf meine Anfrage, ob mein letzter Vorschlag, der mit meiner Berichterstattung verbunden war, auch im „Freundeskreis“ zur Debatte gestanden hätte, wurde mir erklärt, daß auch dieser Vorschlag nicht als annehmbar bezeichnet worden wäre.

Ich bringe diese Ergänzung zu den Ausführungen des Herrn von Rosen nicht aus Redhaberei oder um meinen Verzicht in das rechte Licht zu rücken, dem gewiß auch andere Beteiligte um der großen Sache der Einheit willen ebenso gern erklärt hätten. Aber ich darf es um des Gewissens willen nicht zulassen, daß durch einseitige oder unvollkommene Darstellungen die Atmosphäre noch weiter verdunkelt wird. Wir wollen und werden Klarheit gewinnen!

Gotthold Starke.

Durch die Talsperre in die Politik

Herrn Wiesners Werdegang

„Wir wollen Selbstsucht und Eigennutz aus unserer Volksgemeinschaft herausreißen. Der Bestand unseres Volkstums ist wichtiger als das Wohlergehen des einzelnen.“ Dieser Leitsatz, den jeder aufrechte Deutsche voll unterschreiben kann, ist der fünfzehnte der Leitsätze der Jungdeutschen Partei, zu denen Herr Ingenieur Wiesner das Vorwort geschrieben hat. Leider steht die Praxis des Herrn Wiesner selbst nicht immer im Einklang mit den Forderungen, die er für die anderen Deutschen, besonders für seine eigenen Parteigenossen aufgestellt hat. Ja, die geschichtliche Entwicklung der Jungdeutschen Partei ist in unerfreulicher Weise überschattet durch eine persönliche Affäre des Herrn Wiesner in der Bielitzer Kommunalpolitik.

Herr Wiesner behauptet immer, daß seine Jungdeutsche Partei bereits seit dem Jahre 1922 „tätig“ sei. Damals hieß sie „Deutscher Nationalsozialistischer Verein für Polen“ und war sieben Jahre lang weiter nichts als eine Tischgesellschaft, ein Debattier-Klub von ein paar Duzend nationalempfindenden Deutschen, die weder den Drang, noch die geistige Möglichkeit hatten, sich organisatorisch auszudehnen. Es waren auch

keinerlei greifbare Leistungen

in jenen sieben Jahren zu verzeichnen, woraus man ihnen keinen Vorwurf machen kann, da ja die anderen deutschen Organisationen und deutsche parlamentarischen Vertreter da waren, die die kulturelle und wirtschaftliche Betreuung unserer Volksgruppe übernommen hatten.

Erst im Jahre 1929 empfand Herr Wiesner das Bedürfnis, aus dem „Verein“ eine „Partei“ zu machen, und dieser Entschluß hatte folgende Vorgeschichte: Herr Ingenieur Wiesner war seinerzeit als Kandidat der Deutschen Wahlgemeinschaft (Deutsche Partei und Christlich-soziale Volkspartei) in den Bielitzer Gemeinderat gewählt worden. Als Ingenieur wurde er Mitglied der Baukommission und sogar deren Vorsitzender. Als solcher setzte er sich sehr stark für das

Projekt des Baues einer Talsperre

zur Wasserversorgung der Stadt Bielitz ein, das auch später angenommen wurde. In diesem Projekt, das eine Bauzeit von zwei Jahren vorsah, war

für die Bauleitung ein Pauschalhonorar von 150 000 Zloty ausgesetzt. Herr Wiesner bewarb sich selbst um diese Bauleitung, und die Stadtverwaltung war geneigt, sie ihm zu übertragen. Allerdings erhob die Wojewodschaft Einspruch, weil sie für unzulässig hielt, daß die Bauleitung und die Ueberwachung des Baues durch die Baukommission in eine Hand gelegt würden. Herr Wiesner erhielt also die Bauleitung nicht, was für ihn um so schmerzlicher war, als er eine gute Stellung bei einer Bielitzer Baufirma inzwischen aufgegeben hatte. Er beschuldigte nun den deutschen Bürgermeister und seine Kollegen im Gemeinderat, daß sie sich nicht hinreichend für sein persönliches Interesse eingesetzt hätten, er kündigte der Wahlgemeinschaft die Freundschaft auf, und bei den letzten Bielitzer Kommunalwahlen im Dezember 1929 marschierte zum ersten Mal die Jungdeutsche Partei mit einer eigenen Liste auf und errang damals drei Mandate für sich. Von diesem Zeitpunkt ab datieren nun die unerfreulichen Reibungen und Zänkereien innerhalb des Bielitzer Deutschtums, die allerdings noch einige Jahre auf den Ort Bielitz beschränkt blieben. Für das übrige Polen hielt sich nämlich Herr Wiesner noch weiter zur Deutschen Wahlgemeinschaft, und bei den Novemberwahlen des Jahres 1930 bewilligte die Deutsche Partei ihm unter den von ihr zu vergebenden Plätzen den zweiten Platz auf der Liste der Deutschen Wahlgemeinschaft im Wahlbezirk Bielitz-Telchew-Rybnik-Platz.

In Oberschlesien ist die Jungdeutsche Partei erst im Frühjahr 1933 munter geworden,

also zu einem Zeitpunkt, wo alle nationalen deutschen Organisationen infolge der deutschen Erneuerungsbewegung im Reich einen starken Zulauf erfuhren und einen bemerkenswerten Aufschwung nahmen.

Kleine Ursachen, große Wirkungen!

Hätte man Herrn Wiesner das allerdings etwas reichliche Honorar eines Bauführers der Talsperre gegönnt, um ihn damit seinem Berufe zu erhalten, in dem er ein Fachmann ist, während er jetzt in die Laufbahn des Politikers gedrängt wurde, zu der er, wie alle seine Taten beweisen, in keiner Hinsicht die notwendigen Voraussetzungen besitzt.

Eine fette Ente

Vor einigen Wochen brachte der Bielitzer „Aufbruch“ unter anderem auch folgendes Greuelmärchen:

„Unseres Wissens hat der Schöpfer und Führer der Volksgemeinschaft in Danzig, der Herr Senatspräsident Kaufmännig, lange Zeit im Dienste des Deutschtums in Polen gestanden. Warum mußte dieser große Mensch und tatkräftige Führer seine segensbringende Arbeit aufgeben und gehen? Warum hat man ihn mit einer brutalen Rücksichtslosigkeit aufs Pflaster geschmissen? Haben ihm das „Greuelpropagandisten“ angetan, oder waren es „Demagogen“ gewesen? Oder waren es charakterlose Schädlinge, denen er das Feld räumen mußte?“

Da diese natürlich gänzlich beweislose Behauptung neuerdings von „jungdeutschen“ Agitatoren weiterverbreitet wird, stellen wir kurz den Sachverhalt fest:

Herr Senatspräsident Kaufmännig hat in Polen bekanntlich die Bücherei geleitet, zugleich als Geschäftsführer der Historischen Gesellschaft. Von den damals in Polen führenden Kreisen, insbesondere dem Verbandsdirektor Dr. Wegener, der Vorsitzender der Historischen Gesellschaft war, hat er jede nur mögliche Förderung erfahren und ist in Freundschaft vor 9 Jahren von ihnen geschieden. Ein Nachfolger für seinen Posten mußte danach erst gesucht werden. Durch eine einfache Erkundigung bei Ehrlichen und den Verhältnissen näher stehenden Menschen hätte der „Aufbruch“ das natürlich selbst leicht feststellen können.

Somit wäre diese fette Ente erledigt.

Den Jungdeutschen ins Stammbuch

Aus dem Südwesten der Provinz erhalten wir von hauerlicher Seite die folgende bemerkenswerte Zuschrift:

Wenn ich heute zu der Rede des Herrn Abgeordneten von Saenger in aller Deutlichkeit das Wort ergreife, so tue ich es nach reiflicher Ueberlegung von vielen Tagen, denn man soll bekanntlich unangenehme Sachen nicht in der ersten Aufwallung von Aerger erledigen. Ich bin zu der Erkenntnis gekommen, daß die Schreier und Ruhesünder in der Versammlung doch nur geschrien und gestört haben können aus Lust am Schreien und dem Vergnügen, ihre Stimme die doch niemand hören will, selbst zu hören, denn das Verständnis für die Sache selbst fehlt ihnen ja. Eine Kritik der Rede ist bei jedem vernünftigen Menschen ausgeschlossen; was Herr von Saenger gesagt hat, ist so wahr und einleuchtend und zeigt von einer Verkalkung oder Bonzentum (beide Symptome soll ja auch Herr von Saenger nach jungdeutscher Lesart aufweisen) keine Spur. Herr von Saenger hat so klar, deutlich und überzeugend über die Lage der Deutschen hier in Polen, über ihre Ziele und über alle hier getroffenen Einrichtungen und Maßnahmen gesprochen, daß nur ein verkalktes Gehirn, das nicht verstehen kann oder nicht verstehen will, ihn kritisieren könnte. Aber es scheint, daß, wie sich ja alles in der Welt einmal ändert, nun die Verkalkung die Älteren und Alten verschont und eine Kinderkrankheit zu werden. Meine Herren von jungdeutschen Bunde, die Sie nach hier aus Bielitz und sonst irgendwoher kommen, um unsere bisher gesunde Jugend zu vergiften, wissen Sie, was diese Herren, die Sie für Bonzen oder für verkalkt halten, geleistet haben? Nein! Sie haben ja keine Ahnung und auch kein Verständnis dafür, weil Sie selbst noch nichts geleistet haben! Was ist Ihnen ein Herr Naumann, ein Herr Busse, Herr von Massenbach, Dr. Swart und noch viele andere? Das sind Männer, die durch das Vertrauen von uns an unsere Spitze gerufen worden sind. Ich kann auf 60 Jahre meines Lebens zurückdenken, davon über 50 Jahre hier in meiner Heimat, alles habe ich hier mit erlebt und mitgemacht, die schlechten Zeiten der vier Jahre, den Aufstieg in der Provinz bis zum Kriege und den Verfall nach dem Kriege. Und wenn wir heute noch, auch alle anderen Berufe, unter den Nachwirkungen des

Krieges zu leiden haben, von dem Abgrund haben uns diese Männer, die Sie verkalft nennen, und unser leider zu früh gestorbener Dombherr Klinker gerettet. Wissen Sie, meine Herren Jungdeutschen, was diese Herren geleistet haben und noch leisten, welche Verantwortung Herr Dr. Swart trägt? Glauben Sie, daß den Herren Busse, Massenbach, Saenger und allen anderen nicht wölkere wäre, auf ihrer Scholle zu sitzen und bloß Landwirt zu sein, als an all den notwendigen Verhandlungen und Sitzungen teilzunehmen, Kopf und Geist anzustrengen und Zeit zu opfern und sich von Menschen, die noch nichts in ihrem Leben geleistet haben, betiteln zu lassen. Aber wie schon gesagt, durch das Vertrauen aller auf diese Posten berufen, müssen sie ausharren; wenn sie auch jeden Tag älter werden, was ja Menschenheißel ist, so ist doch von Verkalkung nichts zu spüren. Und nun möchte ich noch eins erwähnen; Es ist nicht wahr, daß die Jugend überangen, nicht zur gemeinsamen Tätigkeit herangezogen wird. Aus eigener Erfahrung weiß ich es und wie oft habe ich es selbst in den Landvereinen getadelt, daß die Jugend fehlt, sich nicht an den Versammlungen beteiligt, Rede und Gegenrede hört, Erfahrung sammelt, aber es ist doch schöner, abends, an Sonn- und Feiertagen, an denen die Vereinsstunden meistens abgehalten werden müssen, auf der Dorfstraße oder den Anlagen der Stadt mit oder ohne Mädchen spazieren zu gehen, als Versammlungen zu besuchen und Männer reden zu hören, dann wollen diese Herren, wenn sie 20 und ein paar Jahre alt sind, alles besser wissen, Gutes auf den Kopf stellen! Sehr richtig ist, wie Herr von Saenger sagt: Erst was leisten, erst zeigen, daß man was kann, um anderen Menschen Führer zu sein. Da haben unsere Führer es nicht jedem recht machen können; aber alles recht zu machen, das ist etwas, was es nicht gibt auf der Welt und auch nicht geben wird. Aber daß unsere Führer das Beste wollen und ihre ganze Person und ihr Können dafür einsetzen, ist sonnenklar, und wer das nicht begreift oder nicht begreifen will, der ist verkalkt!

Feststellungen.

Herr Wiese

Auf Grund verschiedener Anfragen aus unserem Leserkreis stellen wir fest, daß der frühere Hauptgeschäftsführer des Büros der deutschen Abgeordneten und des Hauptarbeitsausschusses in Bromberg, Herr Wiese, von Herrn von Wisleben wegen eines Vertrauensbruchs entlassen worden ist. Herr Wiese war von Herrn von Wisleben, seinem Vorgesetzten, nach Bielitz und Kattowitz gesandt worden mit dem Auftrage, an Ort und Stelle die Quellen der Jungdeutschen Partei kennenzulernen und darüber Herrn von Wisleben Bericht zu erstatten. Herr Wiese hat jedoch seine Reise dazu benutzt, um mit dem Vorstand der Jungdeutschen Partei in enge Fühlung zu treten und sich zum Gauleiter der Jungdeutschen Partei für Polen und Pommern ernennen zu lassen! Mit dieser Betrugung in der Tasche hat Herr Wiese dann seinerseits Herrn von Wisleben Forderungen zu stellen versucht, die abgelehnt werden mußten.

Die Jungdeutsche Partei und die Denunzianten

Auch der „Aufbruch“ kann nicht umhin, an einer versteckten Stelle sich mit den üblen Denunzianten zu befassen, die ein Mitglied der Jungdeutschen Partei, Herr Helmut Lemke aus Posen, gemeinsam mit zwei inzwischen entlassenen Mitarbeitern der Schriftleitung des „Posener Tageblattes“ gegen die Führung unseres Deutschtums in Szene gesetzt hatte. Die Parteileitung, so schreibt der „Aufbruch“, werde diesen Vorfall noch untersuchen und könne ein derartiges Vorgehen nur schärfstens mißbilligen. Das ist sehr gut gesagt. Wenn wir aber an die Ehrlichkeit dieser Erklärung glauben sollen, dann müssen wir doch wohl voraussetzen, daß die Jungdeutsche Partei einen deutlichen Strich zwischen sich und den Denunzianten zieht. Das ist bisher nicht geschehen! Es ist uns bekannt, daß Herr Lemke zusammen mit Herrn Jaensch, dem stellvertretenden Gauleiter der Partei, an Besprechungen mit Herrn Reineke teilgenommen hat und daß Herr Lemke bisher nicht zur Verantwortung gezogen worden ist. Wir müssen demnach annehmen, daß die verantwortlichen Parteistellen die denunziatorische Handlungsweise

Größen lösen einander nicht ab wie Schildwachen. Es ist der größte Fehler des Menschen, Dinge erst leidenschaftlich zu erstreben und dann zu untersuchen, was sie wert sind. Das Steigen hat seine Grenzen, aber nicht das Fallen. Hebbel.

des Herrn Lemke billigen. Wir sehen uns deshalb genötigt darauf hinzuweisen, daß auch Herr Jaensch zuregen war, als Herr Lemke einem Angestellten des „Posener Tageblattes“ Anweisungen darüber zu geben suchte, wie er die Denunziation anbringen sollte. Herr Jaensch hat allerdings nachträglich der Parteileitung die ehrenwörtliche Erklärung abgegeben, daß er von dem Denunziationsversuch nichts gewußt habe und ihn mißbillige. Wir hatten deshalb bisher davon Abstand genommen, seinen Namen zu nennen.

Persönliche Feststellungen

Auf Anfragen hin geben wir zur Kenntnis, daß Herr Kaufmann Bruno Lemke, Griesen, 390 Maja 57, Herr Friedrich Lemke, Schwerlenz, Poznańska 7, Herr Walter Lemke, Schwerlenz, Poznańska 7 und Herr Friedrich Lemke, Wierzonka, Kreis Posen, mit dem im Zusammenhang mit der bekannten Denunziationsangelegenheit genannten Herrn Helmut Lemke aus Posen nichts zu tun haben.

Der „Aufbruch“ bestreitet . . .

Der „Aufbruch“ macht es sich außerordentlich leicht, unsere Feststellungen zu „widerlegen“. Er erklärt einfach alles als „100%ige Lügen“, und damit soll der Fall erledigt sein. Nun, ganz so einfach ist die Sache doch nicht. Wir verstehen es zwar, wenn den Herren der Jungdeutschen Partei die Feststellung nicht gerade lieblich in die Ohren klingt, daß ein Mitglied des Parteivorstandes erklärt hat, im Kampf um die Macht seinen Verleumdung und Intrige durchaus angebracht, und die Jungdeutsche Partei mache von diesen Mitteln Gebrauch. Trotzdem müssen wir erneut feststellen, daß Herr Schneider, Kattowitz, diese Äußerung getan und vor allem auch danach stets gehandelt hat.

Weltanschauung — Erneuerungsbewegung

Der „Aufbruch“ meint, die Jungdeutsche Partei habe deshalb bisher nichts leisten können, weil sie keine Mittel zur Verfügung gehabt habe. Sie habe sich darauf beschränken müssen, die „weltanschaulichen Richtlinien zu klären und zu festigen“. Was die Mittel anbetrifft, so sind uns Personen und Personentreife unseres Deutschtums bekannt, die bestimmt mit noch weit weniger Mitteln als die Jungdeutsche Partei eine ungleich wertvollere positive Aufbauarbeit aus sich heraus entwickelt haben. Diese Kreise allerdings lehnen das Randalieren der Jungdeutschen einmütig ab. Und nun die „Weltanschauung“ des „Aufbruchs“! Es gibt wohl kaum zwei Worte, die von der Jungdeutschen Partei und seinem Organ, dem „Aufbruch“, derartig zu Tode gehetzt worden wären, wie die Worte „Weltanschauung“ und „Erneuerungsbewegung“. Weltanschauung bedeutet Antwort darauf, wie ein einzelner Mensch oder eine Mehrzahl von Menschen die Welt in ihren Erscheinungsformen anschauen. Leider haben wir bisher ebensowenig im „Aufbruch“ hierüber gelesen, wie wir in den Versammlungen der Jungdeutschen Partei etwas darüber gehört haben. Wenn wir aber aus dem, was wir von den Jungdeutschen bisher gehört und gelesen haben, auf ihre „Weltanschauung“ schließen wollen, dann ist es eine Weltanschauung der Lüge und der Verleumdung. Und vor der Erneuerung durch Verleumdung und Lüge, die uns die jungdeutsche „Erneuerungsbewegung“ predigt, bewahre unser Deutschtum der Himmel!

Trübe Quellen

Der „Aufbruch“ gibt einen Bericht aus dem „Völkischen Beobachter“ über die Dirschau Versammlung der Jungdeutschen Partei wieder und behauptet gespannt zu sein, ob wir auch das Zentralorgan der NSDAP der verlogenen Berichtserstattung bezichtigen wollen. Wir stellen hierbei fest, daß es sich bei dem angezogenen Bericht um eine Meldung des DVW (Deutsches Nachrichtenbüro) handelt, die vom Völkischen Beobachter lediglich abgedruckt worden ist. Leider haben auch diese Kreise anderer reichsdeutscher Zeitungen die von bestimmter jungdeutscher Seite tendenziös an das DVW übermittelten Nachrichten kritiklos übernommen.

Wir verwahren uns mit aller Entschiedenheit gegen die einseitige Berichterstattung des DVW, deren Verfasser wir zur Genüge kennen. Eine derartig entstellende Berichterstattung ist nur zu erklären, nicht allerdings zu verzeihen durch grenzenlose Unkenntnis unserer Verhältnisse. Wenn in einer Meldung so gar von einer „Hege der liberal-reaktionären Gruppen der deutschen Minderheit in Polen“ gesprochen wird, die zu einem „Brudermord“ geführt habe, so müssen wir uns mit Entrüstung gegen eine derartige Herabwürdigung unseres völkischen Willens und unserer völkischen Arbeit verwahren. Hinter unserer Führung steht zum Glück für unser Deutschtum noch immer die überwiegende Mehrheit unserer Volksgruppe. Unsere Führung stellt keinen „Klingel“ dar, sondern sie fühlt ihre Verantwortung gegenüber der Zukunft unseres Deutschtums mit tiefem Ernst. Zu solchem verantwortungsbewußten Handeln zwingen uns die bedauerlichen Folgen, zu denen in anderen deutschen Volksgruppen das Andringen unbefonnener Hitzköpfe geführt hat. Wer sich nicht klar darüber ist, daß die Lage des Auslandsdeutschtums mit anderen Nationen gemessen und gewertet werden muß als im Reich, wo Staat und Volk gleichbedeutend sind, soll seine Finger lassen von unseren Dingen! Wer von unseren Verhältnissen nichts versteht, belädt sich sonst mit einer ungeheuren Verantwortung, die er nicht tragen kann, die aber das Deutschtum in Polen schwer würde tragen müssen.

Wir sind nicht liberal und nicht reaktionär. Liberal sind eher die, die gegen den mit vielen Mühen und Schmerzen errichteten Bau unseres Deutschtums in maßloser Verblendung antreten. Gerade diese Leute haben von dem Geist des nationalsozialistischen Gedankens keinen Hauch verspürt. Sie tragen den Nationalsozialismus als Mäse erst, seitdem sie gesehen haben, daß sie dadurch besser zur Befriedigung ihres Macht- hungers oder ihres Geldbedürfnisses gelangen können. Gerade in unseren Reihen sind Männer, die sich, teilweise bereits in den ersten Jahren nach dem Kriege, ernst und bejahend mit dem Gedankengut der nationalsozialistischen Bewegung befaßt und dieser Idee auch bis heute die Treue gehalten haben. Sie fühlen aber mehr innere Verantwortung als die 150prozentigen, die gegen uns stehen!

Verantwortlich für die Beilage „Die Wahrheit“: Hans Machatschek. Druck und Verlag: Concordia, Sp. A., drutarnia i wladawictwo. Sämtlich in Posen, Zwierzyniecka 6.